

KATHARINA HILBIG-LUGANI

Staat – Familie –
Individuum

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Beiträge zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

105

Mohr Siebeck

Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht

105

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Katharina Hilbig-Lugani

Staat – Familie – Individuum

Eine rechtsvergleichende Betrachtung
zu Unterhaltsverhältnissen und ihrer
privatautonomen Gestaltbarkeit
in Deutschland, England und Wales,
Frankreich und Schweden

Mohr Siebeck

KATHARINA HILBIG-LUGANI, geboren 1979; Studium der Rechtswissenschaft in Berlin, Paris und München; Staatsexamina 2004 und 2007 (Bayern); 2006 Promotion (München); 2013 Habilitation (Göttingen); Assistentin bei Prof. Dr. D. Coester-Waltjen, LL.M. in München und Göttingen; seit Oktober 2014 Inhaberin des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht an der Universität Düsseldorf.

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT.

e-ISBN PDF 978-3-16-153061-6

ISBN 978-3-16-153053-1

ISSN 0340-6709 (Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2014 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Rottenburg/N. aus der Bembo-Antiqua gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Meinem Ehemann
Ani-Ruth Kumar Lugani

Vorwort

Die vorliegende Arbeit untersucht rechtsvergleichend für vier Rechtsordnungen, welche Unterhaltsverhältnisse in der Familie bestehen und wie sie privatautonom gestaltet werden können. Vor allem möchte sie das Augenmerk auf den Zusammenhang zwischen der Legitimation einer Unterhaltspflicht und der Gestaltbarkeit des Unterhaltsverhältnisses richten. Als ein Ertrag dieser rechtsvergleichenden Betrachtungen werden rechtspolitische Überlegungen für eine veränderte Herangehensweise an die Setzung von Unterhaltspflichten und ihre privatautonome Gestaltbarkeit angestellt.

Die Arbeit wurde im Sommersemester 2013 von der Georg-August-Universität Göttingen als Habilitationsschrift angenommen. Literatur und Rechtsprechung befinden sich überwiegend auf dem Stand April 2013, vereinzelt konnten spätere Erscheinungen noch berücksichtigt werden.

Diese Habilitationsschrift entstand in meiner Zeit als Assistentin in München und Göttingen am Lehrstuhl meiner hochverehrten akademischen Lehrerin Frau Prof. Dr. Dagmar Coester-Waltjen, LL.M. (Univ. of Michigan). Neben den vielen lehrreichen und anregenden Jahren der wissenschaftlichen und persönlichen Förderung an ihrem Lehrstuhl habe ich ihr nicht nur dafür zu danken, dass sie die Arbeit inhaltlich angestoßen, mir stets größte Freiheit gewährt und die Erstberichterstattung übernommen hat, sondern vor allem dafür, dass sie mich stets freundlich kritisch und geduldig begleitete und mir jederzeit als hervorragende Ratgeberin zur Seite stand.

Neben Frau Prof. Dr. Dagmar Coester-Waltjen habe ich für die äußerst zügige und wohlwollende Erstellung der Gutachten und die wertvollen Hinweise Herrn Prof. Dr. Volker Lipp und Herrn Prof. Dr. Olaf Deinert zu danken.

Für die Aufnahme in die Schriftenreihe des Instituts danke ich den Direktorium, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jürgen Basedow, LL.M. (Harvard Univ.), Prof. Dr. Holger Fleischer, LL.M. (Univ. of Michigan), Dipl.-Kfm. sowie Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Zimmermann.

Großen Dank schulde ich darüber hinaus der Alexander-von-Humboldt-Stiftung für die Finanzierung der je dreimonatigen Aufenthalte in Frankreich und Schweden durch ein Feodor-Lynen-Stipendium.

Zu danken habe ich ferner meinen Gastgebern Herrn Dr. Jens M. Scherpe und Herrn Dr. Lorand Bartels (University of Cambridge), Herrn Maître de

Conférence Dr. Francis Kessler (Université Paris I [Panthéon/Sorbonne]) sowie Herrn Prof. Dr. Anders Fogelklou und Frau Prof. Dr. Maarit Jänterä-Jareborg (Universität Uppsala), deren freundliche und großzügige Unterstützung bei meinen Auslandsaufenthalten für den Rechtsvergleich unverzichtbar war.

Mein herzlicher Dank gilt sodann der VG Wort, die die Veröffentlichung mit einem großzügigen Druckkostenzuschuss gefördert hat.

Auch dem Verlag Mohr Siebeck – insbesondere Herrn Dr. Franz-Peter Gillig und Frau Bettina Gade – gilt mein Dank für die besonders freundliche und effiziente Begleitung der Druckvorbereitung.

Zu danken habe ich schließlich für die langjährige intensive und geduldige Unterstützung und Ermutigung meinem Ehemann, dem diese Arbeit in Liebe gewidmet ist.

München, im März 2014

Katharina Hilbig-Lugani

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Gesetzesverzeichnis	XXXIX
§ 1. Einführung	1
A. Staat – Familie – Individuum: Fragestellungen und Gang der Darstellung	1
B. Einleitende Bemerkungen zu den zu vergleichenden Rechtsordnungen	4
C. Themenbegrenzung	43
§ 2. Existenz von Unterhaltspflichten und Möglichkeit ihrer privatautonomen Gestaltung	69
A. Ehe- und Familienautonomie sowie verwandte Konzepte	69
B. Paarverhältnisse	73
C. Intergenerationelle Verhältnisse	176
D. Schlussfolgerungen	240
§ 3. Legitimation der Existenz und privatautonomen Gestaltbarkeit der Unterhaltspflichten	242
A. Legitimationsbedürftigkeit	242
B. Wider die Auferlegung von Unterhaltspflichten	245
C. Korrelation von Unterhaltspflicht und Statusverhältnissen	262
D. Korrelation von Unterhaltspflicht und Familienbegriff	270
E. „Solidarität“	274

F. Fiskalische Interessen und Subsidiarität öffentlicher Hilfen	295
G. Verursachung und Nachteilsausgleich	306
H. Blutsbande und verwandte Überlegungen	312
J. (Generationen-)Vertrag, Zustimmung, Reziprozität und ähnliche Überlegungen	315
K. Gewährleistung familiären Zusammenhalts und Zusammenspiel mit dem Erbrecht und dem Erbschaftssteuerrecht	321
L. Liebe, Dankbarkeit und Respekt	325
M. Sonstige Ansätze	327
N. Zusammenfassung und Folgerungen	333
§ 4. Der Umgang der vier Rechtsordnungen mit Unterhaltsvereinbarungen	338
A. Modifikationsmodi	338
B. Reaktionen auf unterhaltsbeschränkende Vereinbarungen	339
§ 5. Weiterführende Überlegungen zu beschränkenden Unterhaltsvereinbarungen	402
A. Für und wider die privatautonome Beschränkbarkeit von Unterhaltsverhältnissen	402
B. Reformüberlegungen	414
§ 6. Zusammenfassende Thesen	425
A. Zusammenfassende Thesen zu § 1	425
B. Zusammenfassende Thesen zu § 2	428
C. Zusammenfassende Thesen zu § 3	436
D. Zusammenfassende Thesen zu § 4	440
E. Zusammenfassende Thesen zu § 5	442
Literaturverzeichnis	449
Register	497

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Gesetzesverzeichnis	XXXIX
§ 1. Einführung	1
A. Staat – Familie – Individuum: Fragestellungen und Gang der Darstellung	1
B. Einleitende Bemerkungen zu den zu vergleichenden Rechtsordnungen	4
I. Ähnlichkeiten rechtlicher und tatsächlicher Tendenzen	4
1. Wandel und Pluralität der Ehe-, Familien- und Lebensformen	4
a) Deutschland	5
b) England und Wales	7
c) Frankreich	8
d) Schweden	9
e) Zusammenfassung und Folgerungen	9
2. Entwicklung des Familienbegriffs	10
a) Deutschland	10
b) England und Wales	12
c) Frankreich	15
d) Schweden	17
e) Zusammenfassung und Folgerungen	18
3. Individualisierung	19
a) Deutschland	19
b) England und Wales	20
c) Frankreich	21
d) Schweden	22
e) Zusammenfassung und Folgerungen	22

4. Reduktion familienrechtlicher Unterhaltspflichten und Abwanderung von Versorgungsaufgaben in das Sozialrecht?	22
a) Einführung	22
b) Bestandsaufnahme	23
c) Insbesondere nahehehlicher Unterhalt	25
d) Zusammenfassung und Folgerungen	27
5. Ähnlichkeiten tatsächlicher Entwicklungen	28
a) Einführung	28
b) Auswahl statistischer Daten der vier Rechtsordnungen	28
c) Zusammenfassung und Folgerungen	34
II. Einige praktische Hürden	35
1. Beschränktes Fallmaterial in England und Schweden	35
2. Stellung des nahehehlichen Unterhalts in den Scheidungsfolgensystemen	36
3. Anordnungen mit Unterhaltsfunktion zugunsten mehrerer	41
4. Gewicht verfassungsrechtlicher Vorgaben	41
C. Themenbegrenzung	43
I. Unterhaltsbegriff	43
1. Unterhaltsbegriff und direkte gesetzliche Unterhaltspflichten	43
a) Deutschland	43
b) England und Wales	44
c) Frankreich	46
d) Schweden	47
e) Zusammenfassung und Folgerungen	47
2. Umgebende Phänomene	48
a) Vertragliche Unterhaltspflichten	49
b) Naturalobligation (obligation naturelle)	49
c) Faktische Unterhaltsbeziehungen	52
d) Mittelbare Unterhaltspflichten	54
e) Indirekte öffentlich-rechtliche Unterhaltspflichten	55
aa) Inhalt	55
bb) Kritik und Folgerungen	62
II. Rechtsgeschäftliche Gestaltung von Unterhaltsverhältnissen	63
III. Beschränkende Gestaltung von Unterhaltsverhältnissen	63
IV. Familienrechtlicher Unterhalt als Mittel zur Existenzsicherung	64
V. Rechtliche Beurteilung von Unterhaltsvereinbarungen	66

VI. Rechtliche Begrenzung der Unterhaltsbeschränkung als solche	66
VII. Zusammenfassung	68

§ 2. Existenz von Unterhaltspflichten und Möglichkeit ihrer privatautonomen Gestaltung

A. Ehe- und Familienautonomie sowie verwandte Konzepte	69
I. Deutschland	69
II. Andere Rechtsordnungen	71
1. Frankreich	71
2. England und Wales	72
B. Paarverhältnisse	73
I. Unterhalt während bestehender Ehe	73
1. Ehebegriff der vier Rechtsordnungen	73
2. Die Möglichkeit zum Abschluss von Rechtsgeschäften unter Ehegatten	76
a) Geschäftsfähigkeit der Ehefrau	76
aa) England und Wales	76
bb) Frankreich	77
cc) Schweden	78
b) Möglichkeit der Ehegatten zum Abschluss von Verträgen untereinander	78
aa) Deutschland	78
bb) England und Wales	79
cc) Frankreich	79
dd) Schweden	79
c) Rechtsbindungswille	80
aa) Allgemein	80
bb) England und Wales	81
d) Zusammenfassung und Folgerungen	85
3. Existenz von Unterhaltsansprüchen während bestehender Ehe und die Möglichkeit zur privat- autonomen Gestaltung	86
a) Deutschland	86
b) England und Wales	87
c) Frankreich	90
d) Schweden	96
e) Zusammenfassung und Folgerungen	100

II. Geschiedenenunterhalt	101
1. Deutschland	101
2. England und Wales	105
3. Frankreich	108
4. Schweden	112
5. Zusammenfassung und Folgerungen	119
III. Unterhalt nicht miteinander verheirateter Eltern	119
1. Deutschland	119
2. England und Wales	122
3. Frankreich	125
4. Schweden	126
5. Zusammenfassung und Folgerungen	127
IV. Eingetragene Lebenspartner	128
1. England und Wales	128
2. Schweden	130
3. Deutschland	131
4. Zusammenfassung und Folgerungen	132
V. Partner eines pacte civil de solidarité vor und nach	
Auflösung	133
1. Einführung	133
2. Unterhaltspflicht der PACS-Partner?	134
a) Die Pflicht zur gegenseitigen materiellen Hilfe während	
bestehendem PACS	134
b) Nach Beendigung des PACS	136
c) Sonstige Ansprüche	137
3. Privatautonome Gestaltbarkeit	137
4. Zusammenfassung und Folgerungen	138
VI. Faktische Lebensgemeinschaften im engeren Sinne	139
1. Begriff der faktischen Lebensgemeinschaft	139
a) Deutschland	139
b) England und Wales	139
c) Frankreich	142
d) Schweden	145
e) Zusammenfassung und Folgerungen	147
2. Gesetzliche Unterhaltspflichten und sonstige gesetzliche	
Ausgleichsmechanismen	148
a) Deutschland	148
b) England und Wales	149
c) Frankreich	150
d) Schweden	153
e) Zusammenfassung	156

3. Begründung vertraglicher Unterhaltsansprüche unter faktischen Lebensgefährten	157
a) Deutschland	157
b) England und Wales	158
c) Frankreich	162
d) Schweden	164
e) Zusammenfassung	165
VII. Geschwister	165
VIII. Faktische Lebensgemeinschaften im weiteren Sinne	168
1. Frankreich	169
2. England und Wales	170
3. Zusammenfassung und Folgerungen	172
IX. Zusammenfassung und Folgerungen	173
C. Intergenerationelle Verhältnisse	176
I. Unterhaltspflicht von Eltern gegenüber Kindern	176
1. Existenz und Dauer	176
a) Deutschland	176
b) England und Wales	178
c) Frankreich	181
d) Schweden	185
2. Privatautonome Gestaltbarkeit	187
a) Deutschland	187
aa) Grundsatz	187
bb) Freistellungsvereinbarungen	188
b) England und Wales	191
c) Frankreich	201
d) Schweden	201
3. Zusammenfassung und Folgerungen	204
III. Unterhaltspflicht von Eltern gegenüber Stiefkindern	205
1. Deutschland	205
2. England und Wales	212
3. Frankreich	217
4. Schweden	219
5. Zusammenfassung und Folgerungen	224
IV. Unterhalt zwischen Aszendenten und Deszendenten in anderen Verwandtschaftsverhältnissen	225
1. Deutschland	225
2. England und Wales	228
3. Frankreich	229

4. Schweden	231
5. Zusammenfassung und Folgerungen	232
V. Unterhaltspflichten zwischen Verschwägerten in intergenerationellen Verhältnissen	233
1. Deutschland	233
2. England und Wales	233
3. Frankreich	234
4. Schweden	236
5. Zusammenfassung und Folgerungen	236
VI. Unterhaltspflichten zwischen Verwandten in der Seitenlinie in intergenerationellen Verhältnissen	236
VII. Zusammenfassungen und Folgerungen	237
1. Grundlegende Differenzen zwischen den betrachteten Rechtsordnungen	237
2. Berücksichtigung tatsächlicher Verhältnisse im Unterhaltsrecht: Stiefkindunterhaltsansprüche	239
3. Grundsätzliche Indisponibilität der Unterhaltsansprüche in intergenerationellen Verhältnissen	240
D. Schlussfolgerungen	240
§ 3. Legitimation der Existenz und privatautonomen Gestaltbarkeit der Unterhaltspflichten	242
A. Legitimationsbedürftigkeit	242
B. Wider die Auferlegung von Unterhaltspflichten	245
I. Unterhaltspflichten als Belastung familiärer Beziehungen ...	245
II. Unterhaltspflichten als Belastung der größeren familiären Einheit und als strukturelle Überforderung	246
III. Belastung wirtschaftlich schwacher Bevölkerungsgruppen und Perpetuierung wirtschaftlicher Schwäche über die Generationen	249
IV. Transferrechtliche Überforderung von Familien	250
V. Nachteile des Unterhaltsgläubigers infolge der Unterhaltspflicht	253

VI. Akzeptabilität als Voraussetzung einer Unterhaltspflicht	255
VII. Fehlende Akzeptanz von Unterhaltspflichten ohne auslösende Handlung des Unterhaltsschuldners	256
VIII. Kosten der öffentlichen Hand bei der Unterhaltsdurchsetzung	257
IX. Mangelnde Beachtung des Grundsatz der wirtschaftlichen Eigenverantwortung	258
X. Gesamtgesellschaftlicher Nutzen als Faktor bei der Verortung des Einstehenmüssens	259
C. Korrelation von Unterhaltspflicht und Statusverhältnissen . . .	262
I. Deutschland	262
II. England und Wales	263
III. Frankreich	265
IV. Schweden	269
V. Zusammenfassung und Folgerungen	270
D. Korrelation von Unterhaltspflicht und Familienbegriff	270
I. Deutschland	271
II. England und Wales	272
III. Frankreich	272
IV. Schweden	273
V. Zusammenfassung und Folgerungen	273
E. „Solidarität“	274
I. Deutschland	274
1. Ausgangspunkt	274
2. Differenzen	275
3. Verwendung in den Gesetzen und Gesetzesentwürfen . . .	276
4. Verwendung in der Rechtsprechung	277
5. Insbesondere naheheliche Solidarität	278
a) Bundesverfassungsgerichtliche Rechtsprechung	279
b) Verwendung in Gesetzesentwürfen	280
c) Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	281
d) Schwächen des Konzepts der nahehelichen Solidarität	286
6. Zusammenführung	287
II. Frankreich	289

III. Schweden	292
IV. England und Wales	293
V. Zusammenfassung und Folgerungen	294
F. Fiskalische Interessen und Subsidiarität öffentlicher Hilfen	295
I. Fiskalische Interessen	295
1. Ubiquität der Berufung auf fiskalische Interessen	295
a) Zur Existenz von Unterhaltsansprüchen	295
b) Zur privatautonomen Gestaltbarkeit von Unterhaltsansprüchen	297
2. Schwächen des Arguments	297
II. Subsidiarität öffentlicher Hilfen	299
1. Das Subsidiaritätsprinzip	299
2. Keine Bedeutung für die Legitimation von Unterhaltungspflichten	304
3. Wertungselement bei der Kontrolle privatautonomer Gestaltung von Unterhaltsverhältnissen	304
G. Verursachung und Nachteilsausgleich	306
I. Verursachung	306
II. Nachteilsausgleich	308
H. Blutsbande und verwandte Überlegungen	312
J. (Generationen-)Vertrag, Zustimmung, Reziprozität und ähnliche Überlegungen	315
K. Gewährleistung familiären Zusammenhalts und Zusammenspiel mit dem Erbrecht und dem Erbschaftssteuerrecht	321
L. Liebe, Dankbarkeit und Respekt	325
M. Sonstige Ansätze	327
I. Verletzlichkeit	328
II. Historische Überlieferung und Tradition	329
III. Gleichheitsargumente	330

IV. Schutz berechtigten Vertrauens	331
V. Teilhabe	332
VI. Sanktionierung von persönlichem Fehlverhalten	333
N. Zusammenfassung und Folgerungen	333
§ 4. Der Umgang der vier Rechtsordnungen mit Unterhaltsvereinbarungen	338
A. Modifikationsmodi	338
B. Reaktionen auf unterhaltsbeschränkende Vereinbarungen ...	339
I. Kategorische Unwirksamkeit ex lege ab initio	340
1. Deutschland: Verwandtenunterhalt, Familienunterhalt, Trennungunterhalt und Unterhalt des nicht mit dem anderen Elternteil verheirateten Elternteils, §§ 1614, 134 BGB	340
2. Frankreich: Alle Unterhaltsverhältnisse	346
3. Zusammenfassung	349
II. Einzelfallabhängige Unwirksamkeit ex lege ab initio	350
1. Wegen Verstoßes gegen allgemeine Vorgaben für Rechtsgeschäfte	350
2. Wegen einseitiger Lastenverteilung bei ungleicher Verhandlungsposition	351
3. Wegen der Benachteiligung des Sozialleistungsträgers ...	352
a) Einleitung	352
b) Mögliche Herangehensweisen	356
c) Insbesondere: Sittenwidrigkeit	358
aa) Literatur und Rechtsprechung bis in die späten 1970er Jahre	358
bb) Die Konsolidierung seit den 1980er Jahren	362
cc) Die Fortschreibung durch den BGH nach Ausweitung der Inhaltskontrolle	365
4. Zusammenfassung und Folgerungen	367
III. Richtlinienfunktion der Vereinbarung bei der richterlichen Entscheidung	368
1. Das richterliche Scheidungsfolgenmonopol	368
2. Berücksichtigung von Vereinbarungen der Beteiligten ...	371

a) Pre-nuptial agreements	372
b) Post-nuptial und separation agreements	379
3. Zusammenfassung	383
IV. Bindungswirkung des Vereinbarungsinhalts nach oder kraft richterlicher Entscheidung	383
1. England und Wales: Consent orders	384
2. Frankreich: Homologation	386
a) Die Homologation der Vereinbarung über die Ausgleichsleistung	386
aa) Konzept der Homologation	386
bb) Unteilbarkeit von Vereinbarung und Scheidungsurteil	386
cc) Voraussetzungen der Homologation	388
b) Die Homologation von Vereinbarungen über den Kindesunterhalt	390
3. Anklänge im deutschen Recht: der Genehmigungsvorbehalt nach § 1615e BGB a.F.	390
4. Zusammenfassung	392
V. Abänderbarkeit der Vereinbarung bei anfänglicher Unbilligkeit	393
1. England und Wales: Kindesunterhaltsvereinbarungen nach Sec. 15 Abs. 1 i.V.m. Schedule 1 Para. 10 CA 1989	393
2. Schweden	394
a) Vereinbarungen über Ehegattenunterhalt (Kap. 6 § 11 Abs. 2 ÄktB 1987)	394
b) Vereinbarungen über Kindesunterhalt (Kap. 7 § 10 FB 1949)	394
c) Die allgemeine vertragsrechtliche Änderungsvorschrift (Kap. 3 § 36 AL 1915)	395
3. Zusammenfassung	396
VI. Abänderbarkeit der Vereinbarung bei Änderung der zugrundeliegenden Umstände	396
1. Deutschland: Ausübungskontrolle nach § 242 BGB	396
2. England und Wales: Kindesunterhaltsvereinbarungen nach Sec. 15 Abs. 1 i.V.m. Schedule 1 Para. 10 CA 1989	398
3. Frankreich	398
4. Schweden	398
a) Vereinbarungen über Ehegattenunterhalt (Kap. 6 § 11 Abs. 1 ÄktB 1987)	398
b) Vereinbarungen über Kindesunterhalt (Kap. 7 § 10 Abs. 1 FB 1949)	399
VII. Schlussfolgerungen	400

§ 5. Weiterführende Überlegungen zu beschränkenden Unterhaltsvereinbarungen	402
A. Für und wider die privatautonome Beschränkbarkeit von Unterhaltsverhältnissen	402
I. Nachteile der privatautonomen Beschränkbarkeit von Unterhaltsansprüchen	403
1. Mangelnde Richtigkeitsgewähr	403
2. Fehlende Richtschnur durch einfache Unterhaltsberechnung	405
3. Gefahr der Interessenkollision im Kindesunterhalt	406
4. Gefahr der gezielten Benachteiligung der Allgemeinheit ..	406
5. Gefahr der fahrlässigen Benachteiligung der Allgemeinheit	407
6. Gefahr der Benachteiligung Dritter	407
7. Schwächen bei der Vollstreckbarkeit	408
8. Mangelnde Wahrnehmung privatautonomer Gestaltungsmöglichkeiten	408
II. Vorteile der privatautonomen Beschränkbarkeit von Unterhaltsansprüchen	409
1. Kalkulierbarkeit	409
2. Ersparnis von Verfahrenskosten und Verfahrensdauer	410
3. Bessere Akzeptanz der gefundenen Lösung und besserer Erhalt der Beteiligtenbeziehungen	410
4. Überlegenheit gegenüber legislativer und jurisdiktioneller Beschränkung der Unterhaltsansprüche	411
5. Abwesenheit klarer Informationen zum bisherigen praktischen Erfolg von Unterhaltsvereinbarungen	412
III. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	412
B. Reformüberlegungen	414
I. Reichweite des vorgeschlagenen Regimes zur Zulassung von privatautonomen Beschränkungen	414
II. Vorteile	415
1. Kontrollierte Öffnung für die privatautonome partielle Beschränkung statt theoretischer Indisponibilität	415

2. Privatautonom beschränkbare Unterhaltsansprüche als Kompromiss bei derzeit fehlenden Unterhaltspflichten sowie bei bestehenden angreifbaren Unterhaltspflichten ..	416
3. Überwindung der Alles-oder-nichts-Phänomene	418
4. Anknüpfung an die Bereitschaft zu freiwilligen Leistungen	418
5. Transparenz für und Akzeptanz bei den Betroffenen	419
III. Vorgaben für die Kontrolle beschränkender Unterhaltsvereinbarungen	419
1. Kontrollmodus und Zeitpunkt der Kontrolle	420
2. Dreiteiliger Kontrollmaßstab	421
a) Überblick	421
b) Insbesondere die legitimationsorientierte Unangemessenheits- kontrolle	422
 § 6. Zusammenfassende Thesen	 425
A. Zusammenfassende Thesen zu § 1	425
B. Zusammenfassende Thesen zu § 2	428
C. Zusammenfassende Thesen zu § 3	436
D. Zusammenfassende Thesen zu § 4	440
E. Zusammenfassende Thesen zu § 5	442
 Literaturverzeichnis	 449
 Register	 497

Abkürzungsverzeichnis

&	und
§	Paragraph
%	Prozent
€	Euro
£	britische Pfund
a.A.	anderer Ansicht
AAH	allocation aux adultes handicapés
a.a.O.	am angegebenen Ort
ABGB	Österreichisches Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch 1812
abl.	ablehnend
Abl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz, Absätze
AC	Appeal Cases
ACOSS	Agence centrale des organismes de sécurité sociale
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ACT	Australian Capital Territory
ADAV	Allgemeiner Deutsche Arbeiterverein
ADHGB	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch 1861
A&E	Adolphus & Ellis
AES	allocation d'éducation spéciale
a.F.	alte Fassung
AF	Allocation familiale
AFEAMA	aide à la famille pour l'emploi d'une assistante maternelle agréée
AG	Amtsgericht; Aktiengesellschaft
AGED	allocation de garde d'enfant à domicile
A.G.L.L.J.	Australasian Gay & Lesbian Law Journal
AISS	Association internationale de sécurité sociale
AJ	Actualité jurisprudentielle
AJ fam.	Actualité juridique Famille
All ER	All England Law Reports
ALF	Allocation de logement à caractère familial
ALI	American Law Institute
ALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten vom 5.2.1794
ALS	Allocation de logement à caractère social
Alt.	Alternative(n)
AMF	Allocation mère de famille
Am. J. Comp. L.	The American Journal of Comparative Law

AN	Assemblée nationale
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt
APA	l'allocation personnalisée d'autonomie
APE	allocation parentale d'éducation
API	allocation de parent isolé
APJE	allocation pour jeune enfant
App.	Appendix
Ariz. L. Rev.	Arizona Law Review
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
ASF	allocation de soutien familial
ASFNR	allocation de soutien familial non recouvrable
ASFR	allocation de soutien familial recouvrable
ASR	Anwalt/Anwältin im Sozialrecht
Ass.	Court of Assizes
ASSEDIC	Association pour l'Emploi dans l'Industrie et le Commerce
ATER	Attaché temporaire d'enseignement et de recherche
ATP	Allmän tilläggspension
Auf.	Auflage(n)
ausf.	ausführlich
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Der Betriebsberater
Bd.	Band, Bände
Beil.	Beilage
bet.	betänkande
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BGI	bidragsgrundande inkomsten
BiB	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
BKK	Zeitschrift der betrieblichen Krankenversicherung
Bl.	Blatt, Blätter
BMAF	base mensuelle des allocations familiales
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BOMJ	Bulletin Officiel du Ministère de la Justice
BpB	Bundeszentrale für politische Bildung
BR	Bundesrat
BRIS	Barnens rätt i samhället
BYU L.	Rev. Brigham Young University Law Review
BSG	Bundessozialgericht

BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BT	Bundestag
Bull. civ.	Bulletin des arrêts des chambres civiles de la Cour de Cassation
Bull. civ. I	~ Première Partie: Première chambre civile
Bull. civ. II	~ Deuxième Partie: Deuxième chambre civile
Bull. civ. III	~ Troisième Partie: Troisième chambre civile
Bull. civ. IV	~ Quatrième Partie: Chambre commerciale et financière
Bull. civ. IV	~ Cinquième Partie: Chambre sociale
Bull. inf. C. cass.	Bulletin d'information de la Cour de Cassation
B.U.L.Rev.	Boston University Law Review
Burr	Burrow's King's Bench Reports tempore Mansfield
BVBl.	Bundesversorgungsblatt
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BYU J. Pub. L.	Birmingham Young University Journal of Public Law
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
<i>c/und c</i>	contre
C	Centerpartiet
C&C	Continuity and Change
CA	Cour d'Appel <i>oder</i> Court of Appeal
CAA	Cour administrative d'appel
CAF	Caisse d'Allocation Familiale
Cah.D.	Les Cahiers de Droit
Cal. L. Rev.	California Law Review
Cam.S.L.R.	Cambridge Student Law Review
Can. J. Fam. L.	Canadian Journal of Family Law
Card. L. Rev.	Cardozo Law Review
Card. P.L.P.E.J.	Cardozo Public Law, Policy and Ethics Journal
CBMC	Codex Bavaricus Maximilaneus civilis
CBR	Common Bench Reports
CCAS	commission centrale d'aide sociale
C. Cass.	Cour de Cassation
C. Cass. 1 ^{re} , 2 ^e , 3 ^e civ.	~ chambres civiles, 1.–3. Zivilkammer
C. Cass. com.	~ chambre commerciale
C. Cass. com.	~ chambre criminelle
C. Cass. mixte	~ chambre mixte
C. Cass. req.	~ chambre des requêtes
C. Cass. soc.	~ chambre sociale
CD	Chancery Division
CDAS	commission départementale d'aide sociale
CDI	contrat à durée illimitée
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CE	Conseil d'État

CEFL	Commission on European Family Law
CEPRISCA	Centre de droit privé et de sciences criminelles d'Amiens
CERCRID	Centre de recherches critiques sur le droit, Saint-Étienne
CERFAP	Centre Européen d'Études et de Recherches en Droit de la Famille et des Personnes, Bordeaux
CES	Conseil économique et social
CFLQ	Child and Family Law Quarterly
ch.	chambre
Chr.	Chronique
CIEC	Commission Internationale de l'État Civil
Circ.	Circulaire
civ	civil, civile, Urteil einer Zivilkammer der Cour de cassation
Clev. S.L.R.	Cleveland State Law Review
C.L.J.	Cambridge Law Journal
CMEC	Child Maintenance and Enforcement Commission (Kindesunterhaltsvollstreckungskommission ¹)
Cm	Command paper (im Zeitraum seit 1986)
Cmnd	Command paper (im Zeitraum von 1956 bis 1986)
CMU	couverture maladie universelle
CNAF	Caisse Nationale d'Allocation Familiale
CNEPAD	Commission nationale d'étude sur les personnes âgées dépendantes
CNRS	Centre national de la recherche scientifique
CNSA	Caisse nationale de solidarité pour l'autonomie
Com. <i>und</i> comm.	Commentaire
Comm. L.W.R.	Common Law World Review
Const. F.	Constitutional Forum constitutionnel
COTOREP	Commission technique d'orientation et de reclassement professionnel
C&P	Carrington and Payne
CPAG	Child Poverty and Action Group
CRHI	Centre de Recherche d'Histoire des Institutions
CROUS	Centre Régional des Oeuvres Universitaires et Scolaires
CSA	Child Support Agency (staatliches Kindesunterhaltsamt ²)
CSG	Contribution Sociale Généralisée
CSN	Centrala studiestödsnämnden
CSO	Child Support Officer
CSR	Company Secretary's Review
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.
Cth	Commonwealth of Australia
CU	Civilutskottet betänkande
CUP	Cambridge University Press
CUC	contrat d'union civile
CUCS	contrat d'union civile et sociale
CUS	contrat d'union sociale

¹ So die Übersetzung von T. Amos, FamRZ 2012, 500 (501).

² So die Übersetzung von T. Amos, FamRZ 2012, 500 (501).

D.	Recueil Dalloz-Sirey <i>oder</i> Digesten <i>oder</i> Deutschland <i>oder</i> partie décret (eines fr. Code)
DASS	Direction de l'action sanitaire et sociale
DAVorm	Der Amtsvormund. Monatsschrift des Deutschen Instituts für Vormundtschaftswesen
DAngVers	Die Angestellten-Versicherung
DB	Der Betrieb
DCA	Department for Constitutional Affairs
DDHC	Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Deb.	Debates
Defrénois	Répertoire du notariat Defrénois
DEO	deduction from earnings order
Deutscher Verein	Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
DFGT	Deutscher Familiengerichtstag
DGM&G	De Gex, Macnaghten & Gordon
DH	Department of Health; Dalloz Recueil Hébdomadaire de Jurisprudence
DIJuF	Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht
DJ	District Judge
DJT	Deutscher Juristentag
DMG	Decision Makers' Guide
DN	Dagens Nyheter
DO	Diskrimineringsombudsmannen
DOK	Die Ortskrankenkasse
DOM	département(s) d'Outremer
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DP	Recueil périodique et critique mensuel Dalloz (bis 1941)
DRASS	Direction régionale des affaires de sécurité sociale
Dr. soc.	Droit social
Dr. enf. et fam.	Droit de l'enfance et de la famille
Dr. et patr.	Droit et patrimoine
Dr. fam.	Droit de la famille
DRV	Deutsche Rentenversicherung
Ds.	Departementsserien
DSS	Department of Social Security
Duke J.G.L.P.	Duke Journal of Gender Law & Policy
Duke L.J.	Duke Law Journal
DWP	Department for Work and Pensions
E I	Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich. Erste Lesung, 1888 (1. Entwurf)
E II	Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich. Nach den Beschlüssen der Reichskommission, Zweite Lesung, 1894, 1895 (2. Entwurf)
ebd.	ebenda, ebendort
EdinLR	Edinburg Law Review
EG	Europäische Gemeinschaft(en)

EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EHR.R	Essex Human Rights Review
EJCL	Electronic Journal of Comparative Law
EJLR	European Journal of Law Reform
Eld.L.J.	Elder Law Journal
EN	Explanatory Notes of the UK and Scottish Parliament Acts
epd	Evangelischer Pressedienst
ErsK	Die Ersatzkasse
esp.	espèce [Fall]
Esp.	Espinasse
ESRC	Economic and Social Research Council
EStB	Der Ertrag-Steuer-Berater
ét.	étude
et al.	et alii [und andere]
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuR	Europarecht
e.V.	eingetragener Verein
EWCA	England and Wales Court of Appeal
f.	folgende, für
Fam	Probate/Family
Fam Law	Family Law
Fam.	L.Q. Family Law Quaterly
FamRB	Der Familien-Rechts-Berater. Informationsdienst für die familienrechtliche Praxis
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Fasc.	Fascicule
FD	Family Division
FDP	Freie Demokratische Partei
FDR	financial dispute resolution
FEVS	Fürsorgerechtliche Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte
ff.	fortfolgende
FF	Forum Familienrecht <i>oder</i> Franc(s) français
FG	Festgabe
FK	Försäkringskassan
FKFS	Försäkringskassans författningssamling
FLR	Family Law Reports
FNA	Forschungsnetzwerk Alterssicherung
FÖD	Försäkringsöverdomstolen
FP	Folkpartiet Liberalerna
FPR	Familie, Partnerschaft, Recht. Interdisziplinäres Fachjournal für die Anwaltspraxis (für Family Proceedings Rules <i>s. Gesetzesverzeichnis</i>)
FR	Finanz-Rundschau
franz.	französisch
FRMG	Financial Redress for Maladministration Guide

FS	Festschrift <i>oder</i> Festschrift <i>oder</i> Mélanges
FT	Förvaltningsrättslig Tidskrift
FuR	Familie und Recht. Die Zeitschrift für Fachanwalt und Familiengericht
FV	Fürsorgeverband, -verbände
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
Gaz. Pal.	Gazette du Palais
GC	Grand Committee
Geo. L.J.	The Georgetown Law Journal
GFF	Göttinger Familienrechtliches Forum
ggf.	gegebenenfalls
GKV	gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Griff. L.	Rev. Griffith Law Review
GS	Gedächtnisschrift, Gedenkschrift
H.	Heft
Harv. W.L.J.	Harvard Women's Law Journal
HCSP	Haut conseil de la santé publique
HC	High Court <i>oder</i> House of Commons
HC deb	House of Commons Debate
HCQR	High Court Quaterly Review
HD	Högsta Domstolen
HFD	Högsta förvaltningsdomstolen
HL	House of Lords
HLC	Clark & Finnelly's House of Lords Reports New Series
HM Government	Her/His Majesty's Government
HMSO	Her Majesty's Stationery Office (UK)
HMRC	Her Majesty's Revenue and Customs
Hous. L. Rev.	Houston Law Review
HR	Hovrätt
Hrsg.	Herausgeber(in)
hrgs.	herausgegeben
HS	hors-série (Sonderheft)
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
ICLQ	International and Comparative Law Quaterly
i.d.F.	in der Fassung
i.e.S.	im engeren Sinne
IFL	International Family Law Journal
IJLPF	International Journal of Law, Policy and the Family
i.K.g.	in Kraft getreten
ILJ	Industrial Law Journal
INED	Institut national des études démographiques
Ind. L.J.	Indiana Law Journal
INSEE	Institut national de la statistique et des études économiques
Int.J.L.C.	International Journal of Law in Context